

Protokoll zur Beiratssitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung

Protokoll vom: 3.9.2026, 17– 19 Uhr, Edisonallee 5-9, Raum Sanoussi

Protokollant und Moderator: Karol Sabo

Teilnehmer*innen	Anwesend	Zur Kenntnis
EIHP e.V. Annette Hinze	x	
Anke Gutermuth	x	
Lea Voitel	x	
Tobias Straub	x	
SHG Lip-Lymphödem Klaus Hahn	x	
ZfK Steffen Helbing	x	
Paul-Udo Hofmann	x	
Heidi Springl		x
Familiengruppe Leben mit Down Syndrom Rolf Lessing	x	
Heike Thiel	x	
Birgit Böhme	x	
Sozialwerk Michael Mehlmann	x	
ABBeV Bernd Putz	x	
Conny König	x	
Anne Lück, LAG APB	x	

Gäste: Dr. Tina Denninger, Hannelore Mehls (Verein Lebenshilfe) , Bianca Buchwald (EIHP e.V.), Wika Schöne (SEKIZ e.V.), André Deckwerth (Aikempo)

Dolmetscherinnen: Jennifer Flieger, Jessica Pawlak

Nächster Termin: 8.10.2026 – 17 Uhr – Wissenschaftsetage Am Kanal 47, 14467 Potsdam

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
3. Austausch mit der Oberbürgermeisterin Noosha Aubel
4. Weitere Themen:
 - a. Bericht von der Kampagne Teilhabe 2029
 - b. Bericht Aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion
 - c. Bericht der AG Kopfkino
 - d. Austausch zu Infofilmen
 - e. Entscheidung zur Bewerbung auf das Ideenbudget
5. Ausblick und Abschluss

Protokoll

TOP 1 Begrüßung

Karol Sabo eröffnet die Sitzung und begrüßt die Runde.

Karol Sabo als Moderator führt durch die Sitzung.

TOP 2 Anwesenheit, ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Tagesordnung

Karol Sabo stellt die Richtigkeit fest.

TOP 3 Austausch mit der Oberbürgermeisterin Noosha Aubel

Tobias Straub begrüßt Frau Aubel im Namen des Beirats.

Rückblick auf das erste Jahr als Oberbürgermeisterin in Bezug auf Barrierefreiheit und Teilhabe

Frau Aubel beschreibt als wesentliche Entwicklung den Beschluss des Lokalen Teilhabeplans. Dadurch wird eine stärkere Verankerung des Themas Inklusion im Verwaltungshandeln passieren. Die Oberbürgermeisterin beteiligt sich bewusst an dessen Steuerungsgruppe, um die Bedeutung der Themen innerhalb der Verwaltung zu unterstreichen.

Daneben werden verschiedene Aktivitäten zur Sensibilisierung genannt. Dazu gehören die Teilnahme an Veranstaltungen, Gespräche mit Interessenvertretungen sowie Maßnahmen im Personalbereich. Unter anderem wird geprüft, eine Praktikumsstelle für eine Person mit Behinderung im unmittelbaren Verwaltungsbereich der Oberbürgermeisterin einzurichten. Frau Aubel versteht sich in dem Themenfeld Inklusion und Teilhabe als Lernende und sieht weiterhin einen Bedarf an Sensibilisierung und struktureller Verankerung. Der Beirat ist dabei ein wichtiger Partner und eine wichtige Unterstützung.

Auch die Kampagne „Teilhabe 2029“ wird als positives Beispiel für eine stärkere öffentliche Wahrnehmung von Teilhabe und Inklusion eingeordnet. Aus Sicht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung hat sich die Unterstützung durch die Verwaltungsleitung positiv auf konkrete Prozesse ausgewirkt.

Denkmalschutz und Barrierefreiheit

Zwischen Denkmalschutz und Barrierefreiheit besteht in verschiedenen Bereichen ein wiederkehrender Zielkonflikt. Genannt werden insbesondere:

- Gestaltung und Bearbeitung von Kopfsteinpflaster
- Verlegung und Ausgestaltung von Blindenleitreifen
- Aufmerksamkeitsfelder
- bauliche Veränderungen an denkmalgeschützten Gebäuden (z.B. Aufzüge, Türen)

Besonders an der Brandenburger Straße wird von wiederholten Abstimmungen über die konkrete Ausgestaltung von Blindenleitreifen berichtet. Aus Sicht des Beirates führt der wiederkehrende Konflikt zu erheblicher Frustration bei den Betroffenen. Es wird kritisiert, dass teilweise über sehr kleine bauliche Veränderungen verhandelt werden müsse, obwohl diese für die Orientierung und Fortbewegung blinder Menschen eine erhebliche Bedeutung haben.

Frau Aubel erläutert, dass sich die untere Denkmalschutzbehörde innerhalb der Vorgaben des Denkmalrechts bewegen muss und direkt der oberen Denkmalschutzbehörde untersteht. Die besondere Situation des Weltkulturerbes beeinflusst zudem die Arbeitsweise der zuständigen Stellen. Sie habe als positives Beispiel von anderen Kommunen gehört, bei denen Kopfsteinpflaster so bearbeitet wurde (abgeschliffen), dass sowohl eine bessere Barrierefreiheit als auch Denkmalschutz und die Versickerung von Wasser erhalten bleibe. Sie habe umgehend den zuständigen Bereich angewiesen, diese Option zu prüfen. Als hilfreich wird eine stärkere praktische Sensibilisierung der zuständigen Mitarbeitenden eingeschätzt. Dabei wird angeregt, die tatsächlichen Auswirkungen von Kopfsteinpflaster oder fehlenden Bewegungsflächen durch praktische Erfahrungen, beispielsweise mit einem Rollstuhl oder Simulationsbrillen, unmittelbar erfahrbar zu machen.

Die Oberbürgermeisterin sagt zu, noch in diesem Jahr das Gespräch mit der oberen Denkmalschutzbehörde zu suchen, am besten in Anwesenheit der Ministerin. Dabei soll insbesondere geklärt werden, wie bestehende Ermessensspielräume im Sinne der Barrierefreiheit besser genutzt werden können. Frau Aubel bittet zudem darum, über

konkrete Fälle informiert zu werden, damit diese gegenüber den zuständigen Stellen gezielt adressiert werden können. Außerdem regt sie an, den zuständigen Beigeordneten Herrn Rubelt in die Beiratssitzung einzuladen, gerne auch gemeinsam mit ihr. Von der Haltung her müsse Mensch über Gebäude stehen.

Baustellen und Barrierefreiheit

Die hohe Zahl an Baustellen im Stadtgebiet führt zu besonderen Problemen für Menschen mit Behinderungen. Bei der Einrichtung und Umleitung von Baustellen werden die Belange von Menschen mit Behinderung häufig nicht oder zu wenig berücksichtigt.

Als konkrete Probleme werden genannt:

- fehlende oder unklare Wegeführungen,
- ausreichend breite Wege und flache Rampen
- fehlende Informationen über sichere Alternativwege,
- die zeitweise Sperrung von Behindertenparkplätzen,
- fehlende barrierefreie Informationen zu Baustellen.

Der Beirat regt eine verständliche und frühzeitig verfügbare Information über Baustellen und Umleitungen an, wie dies für Autofahrende bereits der Fall ist. Aus dem zuständigen Fachbereich kam die Rückmeldung, dass dies technisch aktuell nicht möglich sei.

Die Oberbürgermeisterin versteht, dass die Antwort des Fachbereichs unbefriedigend ist und betont die Notwendigkeit eines pragmatischen Vorgehens. Gleichzeitig weist Sie auf die hohe Arbeitsbelastung der Verwaltung und die knappen personellen Ressourcen hin. Statt umfangreiche Konzepte zu entwickeln, sollen zunächst einfache Lösungen erprobt und anschließend anhand praktischer Erfahrungen verbessert werden.

Als kurzfristige Lösung wird eine bessere Beschilderung vor Ort zur Orientierung diskutiert. Auch wenn ein Schild für blinde Menschen keinen Mehrwert darstellt, wird es als möglicher erster Schritt betrachtet.

Dazu wird vorgeschlagen, eine „Etikette für barrierearme Baustelleneinrichtungen“ zu entwickeln. Dieses soll unter anderem berücksichtigen:

- ausreichende Breiten von Wegen,
- Anforderungen für Rollstühle und Rollatoren,
- Bedürfnisse blinder Menschen,
- erkennbare Baustellensignale,
- Informationen zu alternativen Wegen und zum Ersatzverkehr.

Frau Denninger regt an, dies als Maßnahme in den nächsten Teilhabeplan mit aufzunehmen. Dies kann ein Input des Beirats in der Steuerungsgruppe sein.

Begleitservice und Fahrdienst

Es wird ein Bedarf an einem bezahlbaren Begleit- beziehungsweise Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen beschrieben. Dieser Bedarf betrifft insbesondere die Teilnahme an Veranstaltungen am Abend und die kulturelle Teilhabe. Fehlende kurzfristig verfügbare Transportmöglichkeiten können dazu führen, dass Menschen Veranstaltungen nicht besuchen oder nach deren Ende nicht selbstständig nach Hause gelangen können. Ein Grund besteht darin, dass nicht jede Straßenbahn barrierefrei ist.

Als Positivbeispiel wird das Modell in Berlin (BerMobil), sowie frühere Taxi-Gutscheinregelungen in Potsdam genannt. Zudem wird auf die Möglichkeit verwiesen, durch den Ausbau barrierefreier Taxifahrzeuge die Verfügbarkeit entsprechender Angebote zu erhöhen.

Die Oberbürgermeisterin bestätigt den bestehenden Bedarf, weist jedoch darauf hin, dass ein umfassender Fahrdienst erhebliche finanzielle Mittel erfordern würde. Unter den derzeitigen Haushaltsbedingungen wird ein umfangreiches neues Angebot deshalb als kurzfristig kaum realisierbar eingeschätzt. Es besteht aber Interesse daran, die konkrete Ausgestaltung und jeweiligen Finanzierungsmodelle anderer Kommunen zu erfahren und dazu im Austausch zu bleiben. Gleichzeitig wird angeregt, nach Alternativen zu suchen, beispielsweise für mehr barrierefreie Taxen. Frau Denninger regt eine Recherche zu bestehenden Modellen an.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Es wird festgestellt, dass der ÖPNV heute in mehreren Bereichen barrierefreier ist als in der Vergangenheit. Positiv hervorgehoben werden insbesondere die neuen Niederflurbahnen sowie Innen- und Außenansagen. Für blinde Menschen stellen Außenansagen eine wichtige Orientierungshilfe dar, da sie ermöglichen, einfahrende Busse und Bahnen eindeutig zu identifizieren. Der Beirat verweist auf die seit 2022 bestehende gesetzliche Vorgabe eines barrierefreien ÖPNV und kritisiert, dass finanzielle Gründe weiterhin als Argument für nicht barrierefreie Lösungen herangezogen werden.

Gleichzeitig wird kritisiert, dass Außenansagen nicht an allen Haltestellen verfügbar sind. Als Begründung werden teilweise mögliche Beeinträchtigungen der Anwohner genannt. Darüber hinaus wird auf fehlende akustische Informationen direkt an Haltestellen hingewiesen. Vorgeschlagen wird ein Informationspunkt beziehungsweise ein Bedienelement, über das blinde Menschen Informationen zu den nächsten Fahrzeugen abrufen können. Ebenso braucht es akustische Signale zum Auffinden der Türen bzw. Türknöpfe, solche Systeme gibt es bereits in anderen Kommunen.

Bei den bestehenden Haltestellen besteht weiterhin erheblicher Nachholbedarf bei der Barrierefreiheit. Der Beirat zeigt sich sehr irritiert, dass auch bei neu einzurichtenden Haltestellen gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten werden sollen.

Ein weiteres Problem sind die Bahnhöfe und die teils schwierige Kommunikation mit der Deutschen Bahn bzw. den Bahnhofseigentümergeellschaften zur fehlenden Barrierefreiheit und kaputten Aufzügen/Rolltreppen.

Die Oberbürgermeisterin betont, dass eine größtmögliche selbstständige Mobilität das Ziel sein soll. Bei neuen Haltestellen und neuen Fahrzeugen werde grundsätzlich der jeweils geltende gesetzliche Standard eingehalten. Sie bringt die Möglichkeit ins Spiel, dass bei der Beschaffung neuer Straßenbahnen möglicherweise noch Einfluss auf Ausstattungsdetails genommen werden kann, z.B. akustische Türknöpfe. Gleichzeitig seien Maßnahmen über die gesetzlichen Standards zur Barrierefreiheit im ÖPNV hinaus in der derzeitigen Haushaltslage schwierig umzusetzen. Bei der Nachrüstung bestehender Infrastruktur ist eine Priorisierung erforderlich, diese könne auch gemeinsam mit dem Beirat erfolgen. Tina Denninger weist darauf hin, dass im Rahmen des lokalen Teilhabepans ohnehin eine Überarbeitung des bestehenden Standards für barrierefreie Bus- und Straßenbahnhaltestellen gemeinsam mit dem Beirat vorgesehen ist.

Finanzierung und Sicherung der Teilhabe

Die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt. Bei Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen besteht die Sorge, dass finanzielle Einschränkungen zu Kürzungen oder Verzögerungen bei Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen führen könnten. Gleichzeitig wird auf die Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention und den gesetzlichen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe verwiesen, für die es weitere Schritte braucht.

Frau Aubel erläutert, dass die Verwaltung den Haushalt unter Einbeziehung externer Unterstützung überprüfen lässt. Sie sagt zu, sich persönlich dafür einzusetzen, dass der erreichte Stand bei Leistungen und Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen mindestens erhalten bleibt. Eine nennenswerte Ausweitung des Budgets wird für die aktuelle Haushaltsplanung nicht in Aussicht gestellt. Deshalb sollen zusätzlich Maßnahmen identifiziert werden, die mit begrenzten finanziellen Mitteln eine hohe Wirkung auf die Lebensqualität und Teilhabe entfalten. Der Beirat soll gerne weiterhin konkrete und kreative Vorschläge einbringen, so wie bei der bereits laufenden Kampagne „Teilhabe 2029“.

Frau Aubel und der Vorstand des Beirats bedanken sich für den Austausch und wollen diese gerne regelmäßig weiterführen.

TOP 4 Weitere Themen

a) Bericht von der Kampagne Teilhabe 2029

Rolf Lessing berichtet, dass zur Kampagne eine Pressemitteilung erstellt wurde, in der die bisherigen Aktionen der Kampagne zusammengefasst und einzelne Aktivitäten vorgestellt werden. Eine breitere Presseberichterstattung ist bislang nicht festzustellen. Für die Kampagne wird derzeit außerdem über ein Logo beraten. Mehrere Vorschläge liegen vor. Das Logo soll unter anderem auf Zertifikaten beziehungsweise Dankschreiben verwendet werden. Im Rahmen der Aktion „Helfende Hände“ wurden die größten Alten- und Pflegeheime in Potsdam durch das Büro der Oberbürgermeisterin angeschrieben. Vier Einrichtungen haben Interesse signalisiert. Mit zwei Einrichtungen sind bereits Gesprächstermine vereinbart.

b) Der Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung kann aufgrund eines weiteren Termins nicht mündlich vorgestellt werden. Er liegt schriftlich vor und wird angehängen. (siehe Anlage)

c) Bericht Aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Conny König berichtet von der Ausschusssitzung. Zu ihrem mündlichen Bericht im Ausschuss gab es keine weiteren Nachfragen. Ein Schwerpunkt der Sitzung war das Thema „Pflege vor Ort“. Dabei wurden Fördermittel aus dem „Pakt für Pflege“ thematisiert, die bisher kaum genutzt wurden.

d) Bericht der AG Kopfkino

Conny König berichtet, dass die AG Kopfkino am 21.07. auf dem Campus Griebnitzsee eine Veranstaltung zum Thema „Studieren mit unsichtbarer Behinderung“ durchgeführt hat. Die Veranstaltung wird mit mindestens 20 externen Teilnehmenden gut besucht und sehr spannend. Anne Lück ergänzt, dass Interviews und Gespräche über unsichtbare Barrieren im Studium im Mittelpunkt standen. Für die Woche der Seelischen Gesundheit vom 10. bis 20.10. ist eine weitere Abschlussveranstaltung der AG vorgesehen. Thema und genauer Termin stehen noch nicht fest. Für den 14.10. wird auf den Beginn des Psychose-Seminars im Wintersemester hingewiesen. Das Seminar ist als dialogisches Format angelegt, in dem Fachkräfte, Betroffene, Angehörige und weitere Interessierte auf Augenhöhe über das Thema Psychosen sprechen.

e) Austausch zu den Infofilmen des Beirats

Im Rahmen der bereits beauftragten Filmproduktion sind zwei kurze persönliche Porträtfilme entstanden. Die Filme wurden von den beteiligten Personen freigegeben. Die Resonanz auf die Anfrage nach weiteren persönlichen Beiträgen ist bislang gering. Als Gründe werden Terminprobleme und eine geringe Bereitschaft zu persönlichen Filmaufnahmen genannt. Der Beirat diskutiert, die Filme inhaltlich neuauszurichten, z.B. um bestimmte Anliegen, Alltagssituationen oder Veranstaltungen zu zeigen. Für konkrete Ideen ist hier die Mitarbeit gefragt. Frau König, Frau Gutermuth und Herr Straub erklären sich dazu bereit. Als weitere Idee zur Bekanntmachung des Beirats wird ein Hinweisschild für Falschparkende auf Behindertenparkplätzen genannt, das im Namen des Beirats sachlich auf das Problem hinweisen und verteilt werden könnte.

f) Entscheidung zur Bewerbung auf das Ideenbudget

Das Ideenbudget der Stadt Potsdam ist ein Beteiligungsinstrument, bei dem Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise Initiativen Projektideen einreichen können. Träger können sich bewerben, ein Teil-Ideenbudget zu organisieren. Der Beirat könnte sich gemeinsam mit einem Träger oder einem anderen Kooperationspartner bewerben. Nach einer ausführlichen Diskussion der Argumente für und gegen eine Bewerbung stimmt der Beirat mit 7 zu 6 Stimmen gegen eine Bewerbung.

TOP 5 Abschluss und Ausblick

Herr Sabo bedankt sich bei allen für ihre Zeit und ihre Beiträge. Die nächste Sitzung findet am 8.10.2026 in der Wissenschaftsetage in der Stadtbibliothek statt. Als möglicher Gast ist der neu ernannte Landesbehindertenbeauftragte Herr Asmus vorgesehen.

Erstellt, 04.09.2026
Karol Sabo